



Gisela Riescher

Spannungsfelder der Politischen Theorie

Kohlhammer

Kohlhammer

Brennpunkt Politik

Herausgegeben von Martin Große-Hüttmann, Gisela Riescher, Reinhold Weber und Hans-Georg Wehling

Die Herausgeber:

Professorin Dr. Gisela Riescher lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Freiburg, Professor Dr. Hans-Georg Wehling lehrt Politikwissenschaft an der Universität Tübingen, Martin Große Hüttmann lehrt als Akademischer Oberrat Europapolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen und Dr. Reinhold Weber ist Publikationsreferent bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Lehrbeauftragter an der Universität Tübingen.

Gisela Riescher

Spannungsfelder der Politischen Theorie

in Zusammenarbeit mit Lukas Becht, Laura Gorriahn, Judith Gurr,
Anna Meine, Marcus Obrecht, Luzia Sievi, Astrid Sigglow und
Marcel Vondermaßen

Verlag W. Kohlhammer

Alle Rechte vorbehalten

© 2014 W. Kohlhammer GmbH Stuttgart

Gesamtherstellung:

W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG, Stuttgart

Printed in Germany

ISBN: 978-3-17-022230-4

Inhaltsverzeichnis

Einführung		7
Gleichheit und Gerechtigkeit		9
Freiheit und Sicherheit		20
Öffentlichkeit und Privatheit		30
Gemeinwohl und Interesse		42
Minderheit und Mehrheit		53
Partizipation und Repräsentation		68
Macht und Gewalt		85
Handlung und System		98
Souveränität und Entscheidung		112
Legitimität und Legalität		123
Personen- und Sachregister		137

Einführung

Politische Begriffe zeigen sich in den Entwicklungslinien einer über 2000-jährigen Theoriegeschichte in immer neuen Spannungsfeldern. Nicht zuletzt sind es veränderte gesellschaftliche Bedingungen, die diese Begriffe in immer neue Spannungen versetzen. So gehört beispielsweise die Diskussion über Privatheit und Öffentlichkeit seit den griechischen Stadtstaaten zum festen Bestand der Politischen Theorie. Doch während die antiken Diskurse eine strikte Trennung der Bereiche vornahmen, zeigen sich demgegenüber in der feministischen Theorie des 20. Jahrhunderts osmotische Übergänge, die es neu zu verhandeln gilt. Macht und Gewalt, um weitere Beispiele zu nennen, bilden aus sich heraus ein Spannungsfeld, das sich konstitutiv mit Hannah Arendt verbindet und durch sie seither eine feste Größe im politikwissenschaftlichen Diskurs darstellt. Und nicht zuletzt zeigen die aktuellen Sicherheitsdiskussionen in der Folge der Terroranschläge des 11. September 2001, dass Freiheit und Sicherheit als politische Begriffe ein gegenwärtig außerordentlich bedeutsames Spannungsfeld ausbilden. Bis dahin sah man in der politischen Begriffsgeschichte politische Freiheit vor allem in Verbindung mit Gleichheitsforderungen. Da Gleichheit seit John Rawls *Theorie der Gerechtigkeit* (1971) und dem danach einsetzenden Boom an Gerechtigkeitstheorien zum Maßstab einer gerechten Gesellschaft wurde, etablierte sich Gerechtigkeit und Gleichheit als ein gemeinsames Spannungsfeld in der Politischen Theorie.

Diese und ähnliche Erfahrungen führten zu der konzeptionellen Entscheidung, die wichtigsten Begriffe der Politischen Theorie nicht als Einzeldarstellungen, sondern als Spannungsfelder vorzustellen, sie in ihren zeitgeschichtlichen Entwicklungslinien zu beschreiben, querschnittartige Vertiefungen vorzunehmen und kritisch zu diskutieren. Dies ermöglicht didaktisch ein Zusammenlesen von Begriffspaaren, die in der Politik und der Politischen Theorie entweder zusammengehören oder aber stets gemeinsam diskutiert werden. Im Einzelnen sind es Gleichheit und Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit, Öffentlichkeit und Privatheit, Gemeinwohl und Interesse, Minderheit und Mehrheit, Partizipation und Repräsentation,

Macht und Gewalt, Handlung und System, Souveränität und Entscheidung, Legitimität und Legalität.

Das Hauptaugenmerk unserer dichten Beschreibungen haben die Autorinnen und Autoren auf die Begriffsentwicklungen der letzten Jahrzehnte gelegt. Die Begriffe sind so ausgewählt, dass sie aus der Theoriperspektive die wichtigsten Bereiche des Politischen abdecken. Die Beiträge werden ergänzt um Literaturangaben, die eine thematische Vertiefung ermöglichen.

Freiburg im Breisgau, im Juli 2013
Gisela Riescher

Gleichheit und Gerechtigkeit

von Gisela Riescher

Die Frage, wie eine Gesellschaft beschaffen sein soll, um sie als gerecht zu bezeichnen, ist eine der zentralen Fragen der Politischen Theorie. Ist eine Gesellschaft dann als gerecht zu bezeichnen, wenn alle ihre Mitglieder die ihnen mögliche Position einnehmen, um das zu tun, was sie am besten können? Platon gibt uns eine Antwort in diesem Sinne, indem er drei Stände in der Politik (Nährstand, Wächter und Philosophenkönige) definiert und um mit Cicero zu sprechen „jedem das seine“ (*suum cuique*) zuordnet. Doch die dabei entstehende Ungleichheit als gerecht zu empfinden entspricht nicht den Gerechtigkeitsvorstellungen unserer Gegenwart. Heute sind die Vorstellungen von Gerechtigkeit vielmehr mit Vorstellungen von Gleichheit verbunden. Die aristotelischen Definitionen von Gerechtigkeit sind uns dabei präsenter als die Platons. Aristoteles spricht von ausgleichender und verteiler Gerechtigkeit, von *justitia correctiva* und *justitia distributiva*. Seine Gerechtigkeitsdefinitionen sind eng mit dem Gleichheitsbegriff verbunden und finden sich bis heute in den diskutierten Theorien der Gleichheit und der Gerechtigkeit wieder. Dabei ist zu klären, welchen Anteil Gleichheit einnimmt und in welchem Spannungsverhältnis sie zur Gerechtigkeit steht. Ist es gerecht, alle gleich zu behandeln: jenen, die mehr leisten, die gleiche Benotung, die gleiche Anzahl an Creditpoints oder ein gleiches Einkommen zukommen zu lassen? Im Neuen Testament lesen wir Ähnliches im Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg: Am Ende des Tages wird allen ein Gleiches bezahlt: ein Denar für den Tag, denen, die seit dem frühen Morgen arbeiten ebenso wie jenen, die kurz vor Feierabend zur Arbeit kamen. Da wir dies als ebenso ungerecht empfinden wie jene Arbeiter, die viele Stunden in der Tageshitze im Weinberg verbrachten, erfahren wir und sie in Matthäus 20,1–16, der Lohn sei nicht ungerecht, weil er mit allen so vereinbart war. Zudem stehe es dem Herrn zu, Gutes zu tun, dem Ersten wie dem Letzten.

Ob eine Gesellschaft gerecht ist, wenn sie Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt, oder ob Gerechtigkeit nicht vielmehr dann

vorherrscht, wenn Ungleichheit einem gerechten Ausgleich unterliegt – dies sind Fragen, die sich im Spannungsfeld von Gleichheit und Gerechtigkeit bewegen. Ebenso die Überlegung, ob die Herstellung von Gleichheit der Gerechtigkeit förderlich ist, ob es überhaupt gelingen kann, Gleichheit zu verwirklichen – und wenn ja, in welchen Bereichen. In den Gerechtigkeitsdiskursen der Politischen Theorie des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts dominieren diese Spannungen im Blick auf soziale Gleichheit und Gerechtigkeit. Frühere Problemdimensionen wie die Rechtsgleichheit oder auch die politische Gleichheit sind dagegen heute institutionell weitgehend gelöst. Denn die Gleichheit vor dem Gesetz gehört zu den Selbstverständlichkeiten des liberalen Rechtsstaates und politische Gleichheit zu den nicht mehr hintergehbaren Grundbestandteilen der Demokratie. Die Probleme ihrer Durchsetzung gehören zu den Gleichheits- und Gerechtigkeitsdiskursen anderer Gesellschaften und anderer Zeiten. Sie gilt es im Folgenden kurz zu resümieren, bevor die aktuellen Spannungen der Politischen Theorie der Gegenwart aufgezeigt werden: die Theorien der sozialen Gerechtigkeit. Soziale und ökonomische Gleichheitsfragen treffen hier auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, der Chancen- und der Ergebnisgleichheit, der Gerechtigkeit zwischen Geschlechtern und Generationen wie den Fragen des gerechten globalen Ausgleiches.

Politische Gleichheit

Die Idee politischer Gleichheit ist seit jeher konstitutiv für die Demokratie. Alexis de Tocqueville, der 1835 die damals noch neue Demokratie in Amerika betrachtete, nennt die Zeit der entstehenden Demokratien das Zeitalter der Gleichheit. Monarchische Alleinherrschaft von Gottes Gnaden, adelige Vorherrschaft, begründet aus Geburts- und Erbrechten, politische Vorrechte, die an Grundbesitz und Reichtum gebunden sind, verlieren ihren Anspruch mit der Idee der Herrschaft des ganzen Volkes. Politische Gleichheit, so schreibt der Althistoriker Jochen Bleicken, ist bereits das Schlüsselwort der athenischen Demokratie:

„Die Gleichheit, an der alle Athener teilhaben, wird von den antiken Autoren übereinstimmend als die Grundidee der Demokratie betrachtet“ (Bleicken 1995: 340).

Man behandelt also die Gleichheit nicht als besonders erklärungsbedürftiges Phänomen, sondern betrachtet sie als natürlichen, selbstverständ-

lichen Bestandteil des Bürgerseins. Sie bezieht sich auf die Gruppe, die herrscht, auf die Bürger, die als Freie und Gleiche ohne Unterschied des Standes oder der Bildung Mitspracherecht in der *pólis*, dem Stadtstaat, haben. Ihnen kamen – im Gegensatz zu Sklaven, Fremden und generell Frauen – zwei „Gleichheiten“ zu: *isonomia*, die Gleichheit vor dem Gesetz, und *isegoria*, das gleiche und freie Rederecht in der Versammlung. Gleichheit als das die Demokratie konstituierende Prinzip meint folglich die Beteiligung aller am öffentlichen Leben, also die politische Gleichberechtigung.

Im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen politischen Denken verlor sich der politische Gleichheitsgedanke bis zur amerikanischen Demokratiegründung (1778) und der Französischen Revolution. Das liberale Gleichheitsdenken (Charles de Montesquieu, John Locke, Jeremy Bentham oder auch Immanuel Kant) bindet bis in das 19. Jahrhundert hinein politische Beteiligungsrechte an den Besitz. Andere, für die weitere Entwicklung des Gleichheitsparadigmas nicht weniger wichtige Sphären standen für sie zeitbedingt im Vordergrund: die natürliche Gleichheit als unantastbare Menschenwürde, die sich von der Existenz des Menschen ableitet und daraus folgend die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Prägnant ist dies bei Montesquieu ausgedrückt:

„Zwar kommen im Naturzustand die Menschen in Gleichheit zur Welt, doch können sie nicht darin verbleiben. Durch die Gesellschaft verlieren sie ihre Gleichheit. Erst durch die Gesetze werden sie wieder gleich“ (Vom Geist der Gesetze, VIII. Buch, 3. Kapitel).

Die Forderungen nach politischer Gleichheit, dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht sind zunächst radikaldemokratische, später sozialdemokratische Forderungen der Arbeiterparteien, die erst im 20. Jahrhundert mit der Durchsetzung des Frauenwahlrechts in den westlichen Demokratien verwirklicht wurden. Sprechen wir heute in der Politikwissenschaft über politische Gleichheit, so addieren wir im Allgemeinheits- und Gleichheitsgrundsatz des Wahlrechts jene Gleichheitsforderungen, um die in Theorie und Praxis gerungen wurde: Alle Staatsbürgerinnen und -bürger, unabhängig von Einkommen, Beruf, Bildung, Geschlecht und politischer Einstellung, besitzen Stimmrecht und sind wählbar. Ihrer Stimme kommt unabhängig von den genannten Kriterien, in denen sie voneinander verschieden sein können, das gleiche Stimmgewicht, der gleiche Zählwert zu. Damit wird die Gleichheitsforderung in Demokratien heute zu einem eher technischen Problem der Wahlkreiseinteilung. Soll der Stimme jeder

einzelnen Wählerin und jedes Wählers das gleiche Gewicht zukommen, müssen die Wahlkreise in etwa gleich groß und in gleicher Relation zur Zahl der zu wählenden Abgeordneten stehen.

Nach der Durchsetzung formaler politischer Gleichheitsrechte differenziert sich der Diskurs heute mehr und mehr aus um den gleichen Anteil an politischen Partizipationsmöglichkeiten, um die Inklusion von Migranten und politischen Minderheiten oder um den Frauenanteil in Parteien und Parlamenten (→ *Partizipation/Repräsentation*; → *Minderheit/Mehrheit*).

Gerechtigkeit als Gleichheit

Das Spannungsverhältnis von Gleichheit und Gerechtigkeit dagegen formuliert sich im 20. Jahrhundert, in dem Nationalstaaten zu Sozialstaaten und sozialpolitische Programme zu wahlentscheidenden Politiken werden, vor allem aus im kontroversen Diskurs um die Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit. Für die Politische Theorie war es 1971 John Rawls, der diese Problemdimension für die gegenwärtigen liberalen Gesellschaften neu theoretisierte und mit seinem Buch „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ (*A Theory of Justice*) den Ausgangspunkt einer Diskussion um Gerechtigkeit schuf, die bis heute unvermindert anhält. Denn seine Grundsätze der Gerechtigkeit sind einfach und komplex zugleich, sie sind theoretisch begründet und in der Praxis nachvollziehbar, sie sind konkret formuliert und doch zugleich hinreichend abstrakt, um für die unterschiedlichen Problemdimensionen verschiedener Gesellschaften und Zeiten ausbuchstabiert werden zu können. Zudem entwickelte Rawls seine Theorie Zeit seines Lebens weiter, reagierte auf seine Kritiker und Kritikerinnen, prüfte ihre Argumente und nahm sie auf oder verwarf sie. Insofern eignet sich seine Theorie der Gerechtigkeit als Ausgangsebene und nicht selten schließt sich mit ihr wieder der Kreis, wenn viele andere Positionen diskutiert sind. Wichtig ist es ihm, immer wieder zu betonen, dass es in seiner Theorie um die Grundstruktur einer gerechten Gesellschaft geht und nicht bereits um ausdifferenzierte Bereichsgerechtigkeiten, wie z. B. Generationengerechtigkeit oder Gerechtigkeit im Gesundheitswesen. Obgleich ihm Kritikerinnen und Kritiker vorwerfen, dass westliche Gesellschaften im Fokus seiner Überlegungen stehen, kann Rawls' Theorie eher universelle Gültigkeit beanspruchen als andere Theorieansätze. Rawls' „Beweisführung“ beginnt mit dem sogenannten Urzustand, dem „Schleier des Nichtwissens“

(*veil of ignorance*). Hier treffen gleiche, gleichberechtigte und in eigenen Belangen weitestgehend unwissende Individuen zusammen und einigen sich auf die Grundsätze einer Gesellschaft, die in ihren Augen als gerecht zu bezeichnen wäre.

Dass Rawls dabei auf die alte und bis zu seiner Zeit kaum mehr genutzte Methode der Vertragstheorie als Legitimationskriterium zurückgreift, hat gute Gründe. Nur aus dem vertragstheoretischen Argument heraus kann er eine Zustimmung aller begründen und somit eine umfassende Legitimation vorlegen. Zudem bindet das Vertragsargument alle Beteiligten und ist verbindlich, da die Zustimmung auf freier Übereinkunft beruht. Die Schwierigkeit dieser kontraktualistischen Begründungsfigur liegt allerdings darin, die Ausgangssituation, den Urzustand, bereits so zu konzipieren, dass das gewünschte Ergebnis erreicht werden kann: gleiche, freie, vernünftige, einsichtige, zielorientierte, kommunikative und vom Guten und Rechten Überzeugbare müssen zusammentreffen. Das heißt es gilt eine für freie Individuen vorteilhafte Situation zu schaffen und in Aussicht zu stellen, damit alle zustimmen können. Rawls konzipiert den Urzustand deshalb als Zustand der Gleichheit in Unwissenheit über die eigene Position. Denn im Zustand der Gleichheit und ohne Kenntnisse über ihre Stellung in der Gesellschaft werden rational handelnde und denkende Individuen aus Interesse am eigenen Nutzen und um nicht später Schaden zu nehmen vernünftigerweise Ungleichheit nicht tolerieren wollen und die Grundordnung einer Gesellschaft dann als gerecht ansehen, wenn alle Vorteile, aber auch die Lasten fair verteilt sind. Als gesellschaftliche Grundgüter bezeichnet Rawls z. B. auch Rechte und Freiheiten, die für ein gelingendes Leben unabdingbar sind und geht damit weit über materielle Güter hinaus. Er gelangt dabei zu folgenden Grundsätzen:

„Jedermann hat gleiches Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, das für alle möglich ist.

Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten müssen folgendermaßen beschaffen sein: a) sie müssen [...] den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen, und b) sie müssen mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit offenstehen“ (Rawls 1979: 336).

Im Spannungsfeld von Gleichheit und Gerechtigkeit gilt folglich für die Grundfreiheiten der Gleichheitsgrundsatz. Ungleichheit ist nach dem zweiten Grundsatz dann zu tolerieren, wenn sie – am Beispiel der progressiven Besteuerung von Einkommen oder einer Quotierung verdeutlicht – die Benachteiligten am meisten begünstigt.

Gerechtigkeit als komplexe Gleichheit

Gerade diese letzte Position der Rawls'schen Gerechtigkeitstheorie hat große Kontroversen hervorgerufen, die grob gezeichnet an den Theorielinien zwischen Politischer Ökonomie einerseits und kommunitaristischen bzw. egalitären Positionen andererseits verlaufen. Während neo-liberale Sichtweisen die Theorie der Gerechtigkeit von Rawls als egalitär verurteilen, wird sie im kommunitaristischen Ansatz als zu undifferenziert und für konkrete Verteilungsgemeinschaften unbrauchbar bezeichnet, weil sie universalistisch und weltfremd unter dem „Schleier des Nichtwissens“ entstanden sei. Der Vertreter der Kommunitaristen Michael Walzer antwortet auf Rawls mit einem Gegenentwurf, der den Titel *Sphären der Gerechtigkeit* trägt und der Gerechtigkeitvorstellungen auf der Basis einer von ihm sogenannten „komplexen Gleichheit“ beschreibt. „Komplex“ und nicht „einfach“ sind Gleichheitsvorstellungen nach Walzer dann, wenn nicht gefordert wird, dass eine gänzliche Übereinstimmung in allen Verteilungsfragen herrscht und Gerechtigkeit und Gleichheit nur hergestellt sind, wenn in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen alle Unterschiede gänzlich beseitigt sind. Es kommt in Walzers Theorie von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit vielmehr darauf an, dass soziale Güter so zu verteilen sind, dass die sie besitzenden Personen nur durch ihren Besitz nicht in anderen Sphären bereits von vorneherein bevorzugt werden. Ein System der Ungerechtigkeit wäre z. B. dann etabliert, wenn Geld als Tauschmittel auf dem freien Markt zugleich das Gut wäre, mit dem politische Ämter erkauft werden, oder wenn z. B. der Zugang zu politischen Ämtern wiederum verbunden wäre mit dem Gut Gesundheit. Ein Gesundheitssystem als gerecht zu bezeichnen, das sich vor allem an politischen Amtshierarchien bemisst, würde schwerfallen.

Walzer formuliert als Distributionsprinzip:

„Kein soziales Gut X sollte ungeachtet seiner Bedeutung an Männer und Frauen, die in Besitz eines anderen Gutes Y sind, einzig und allein deshalb verteilt werden, weil sie dieses Y besitzen“ (Walzer 1998: 50).

Walzer plädiert für verschiedene Verteilungsregeln für unterschiedliche Güter in verschiedenen Sphären. In Abgrenzung zu Rawls kommt es nicht darauf an, dass Menschen sich unter einem Schleier des Nichtwissens auf allgemeingültige Verteilungsregeln einigen, sondern im Mittelpunkt des Ansatzes stehen konkrete Güter, über deren Wert und deren Verteilungsregeln sich eine konkrete Gemeinschaft verständigt. Sie wer-